Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Umwälzungen in Syrien
2. Ein Staatsstreich mit legalistischer Fassade – und das mitten in der Europäischen Union
3. Deutschland und der Ukrainekrieg – Erich Vad
4. Argentinien: Der libertäre Messias und seine Propheten
5. Frankreich auf dem Schuldenberg – Der böse Nachbar jubiliert
6. Wie eine Umgestaltung der Schuldenbremse das Haushaltsproblem beheben könnte
7. Etatkürzungen in der Ernährungsbildung: Erneut trifft es die Schwächsten unserer Gesellschaft
8. Schüler protestieren gegen Bundeswehrbesuch an Leipziger Gymnasium
9. Studie zur psychischen Gesundheit: Junge Menschen stärker angeschlagen
10. Telepolis löscht alle früheren Texte

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Umwälzungen in Syrien**
   Mit ihren Sanktionen gegen Syrien haben Deutschland und die EU zum Sturz des syrischen Präsidenten Bashar al Assad sowie zum Siegeszug der Jihadistenmiliz Hayat Tahrir al Sham (HTS) beigetragen. Dass die Offensive der HTS innerhalb von nur elf Tagen zur Einnahme von Damaskus führen konnte, hatte mehrere Ursachen, darunter

zum Beispiel weithin grassierende Korruption in den syrischen Streitkräften und deren Infiltration durch Aktivisten der Opposition; beides hatte zersetzende Wirkung, als die HTS ihren Feldzug startete. Genährt wurden die Korruption sowie eine allgemeine Unzufriedenheit in der Bevölkerung allerdings auch durch die drastischen Folgen der westlichen Sanktionen, die zu einer massiven Zunahme von Armut und Hunger führten; bereits 2019 warnte der European Council on Foreign Relations (ECFR), die Sanktionen liefen letztlich auf eine „Politik der verbrannten Erde“ hinaus, die „unterschiedslos und willkürlich gewöhnliche Syrer“ strafe. Profiteur der Unzufriedenheit war die HTS, die im Gouvernement Idlib ein repressives, auf einer harten Auslegung der Scharia beruhendes Regime errichtet hat und nun die Macht in Damaskus übernimmt.
Quelle: German Foreign Policy (Teil 1)
Quelle: German Foreign Policy (Teil 2)
Quelle: German Foreign Policy (Teil 3)

dazu: **Syrien in Trümmern – und was die Medien verschweigen**
Unsere Nahostkorrespondentin Karin Leukefeld – sie schreibt nicht aus dem bequemen Büro in Deutschland, sondern lebt im Nahen Osten – macht in einem hochaktuellen Bericht deutlich, wie die Medien einmal mehr mit der Unterdrückung wichtiger Fakten die geopolitische Situation einseitig beschreiben und Schuldzuweisungen in die falsche Richtung machen. Vor allem wird die massgebliche Beteiligung der USA und der EU mit ihren Sanktionen am bisherigen wirtschaftlichen Elend in Syrien schlicht verschwiegen. (cm)
Quelle: Karin Leukefeld auf Globalbridge

dazu auch: **Der Regime Change in Syrien ist ein Erdbeben für die arabische Welt**
Russland hat ab 2015 einen Durchmarsch des Westens und der teilweise mit ihm verbündeten Dschihadisten verhindert, weshalb der Konflikt auch als „Stellvertreterkrieg“ zwischen dem Westen und Russland oder den USA und Russland gesehen wurde. Nehmen wir an, dass die Präsidentschaft von Donald Trump auch in dieser Hinsicht ihre Schatten vorauswirft, dann erscheint die Annahme nicht allzu verfehlt, dass es mit Moskau einen Deal gegeben haben könnte: Ihr überlasst uns Syrien und erhaltet im Gegenzug unseren Verzicht auf die fortgesetzte Parteinahme für die Ukraine und unser Engagement für eine politische Lösung, die eure strategischen und territorialen Interessen bedient. Wenn das so ist, wäre es eine Erklärung dafür, dass Wladimir Putin Baschar al-Assad so schnell fallen ließ.
Quelle: Lutz Herden in der Freitag

und: **Sieht die Bundesregierung Israels Massenbombardements in Syrien vom Völkerrecht gedeckt?**
Quelle: NachDenkSeiten

2. **Ein Staatsstreich mit legalistischer Fassade – und das mitten in der Europäischen Union**
Mit der Annullierung der demokratischen Wahlen in Rumänien haben Politik und Justiz alle roten Linien überschritten, die einen Rechtsstaat von einer Autokratie unterscheiden. Auch deutsche Medien spielen dabei die Rolle von Propagandisten. […]
Noch am Dienstag, 3. Dezember, hatte dasselbe Verfassungsgericht eine Annullierung der Wahlen ausdrücklich abgelehnt, weil eine Neuauszählung der Stimmen keine Hinweise auf Wahlbetrug ergab. Bis Donnerstag war die demokratische Wahl in Rumänien also noch gewährleistet. Einen Tag später war dann alles anders. Als Begründung nannte das Gericht nun plötzlich Geheimdienstberichte über einen „aggressiven russischen hybriden Angriff". Mithilfe von TikTok seien die Wahlen von Russland so manipuliert worden, dass die Rumänen den als „rechtsextrem" und „Putin-nah" titulierten Georgescu gewählt hätten – und das wohl auch an diesem Sonntag.
[…]
Wohlgemerkt: Niemand äußert den Verdacht, dass es zu massiven Wahlfälschungen gekommen ist. Keiner behauptet, hier hätten Tote gewählt oder die Wahlhelfer vor Ort die Stimmabgabe manipuliert. Die Wahlen verliefen nach allen rechtsstaatlichen Kriterien korrekt. Die Wahlannullierung beruht auf der Theorie, rumänische Wähler wären zu dumm, eine freie Entscheidung zu treffen.
Quelle: Frank Lübberding auf Welt Online (Bezahlschranke)

dazu: **Rumänien überrascht mit einem riesigen Bau – hier entsteht der flächenmässig grösste Nato-Stützpunkt Europas**
Das Milliardenvorhaben unterstreicht die strategische Bedeutung des Schwarzmeerraums. Moskau reagiert mit Drohungen an die Adresse Bukarests.
Die Stationierung zusätzlicher Nato-Truppen im Land, vorzugsweise von Amerikanern, ist für jede rumänische Regierung eine Priorität. In Bukarest hatte man lange den Eindruck, die Allianz konzentriere sich in der Abschreckung gegen Russland zu sehr auf Polen und das Baltikum und vernachlässige die Flanke im Südosten.
Quelle: NZZ

Anmerkung unseres Lesers H.M.: *Artikel aus dem Frühjahr 2024. Vielleicht eine Erklärung für die angeordnete Wiederholung der Wahlen.*

dazu auch: **Wie bewertet die Bundesregierung die komplette Annullierung der**

Präsidentschaftswahl in Rumänien?
Quelle: NachDenkSeiten

und: **Deutsche Medien ignorieren weiterhin den Skandal von Rumänien**
Quelle: NachDenkSeiten

3. **Deutschland und der Ukrainekrieg – Erich Vad**
Ein Funke genügt – und Deutschland ist im Krieg: So urteilt Erich Vad. Der Brigadegeneral a.D. kritisiert das leichtfertige Drehen an der Eskalationsschraube im Westen und vermisst diplomatische Anstrengungen. An eine militärische Lösung im Ukrainekonflikt glaubt er nicht.
Erich Vad ärgert sich über die ständigen Rufe nach mehr militärischer Unterstützung für die Ukraine von selbst ernannten Militärexperten. Die seien nur richtig, wenn sie mit einer klaren politischen Strategie und mit diplomatischen Abrüstungsverhandlungen verknüpft seien.
Die besondere Herausforderung für Deutschland ergibt sich für den Militärexperten aus der geografischen Lage in Europas Mitte. Würde der Ukrainekonflikt aus dem Ruder laufen, hätte das gerade für Deutschland als Drehscheibe und Aufmarschgebiet der NATO dramatische Konsequenzen.
Quelle: WDR

dazu: **Ukraine: „Wir haben eine Million Männer, die sich irgendwo verstecken"**
Mit einer "Winterhilfe" von 1000 UAH sollen auch Kriegsdienstverweigerer gefunden werden. US-Außenminister Blinken ruft die Ukraine zu stärkeren Mobilisierung auf. Der ukrainische Präsident Selenskij versicherte in einem Gespräch mit Kyodo News, Donald Trump wisse, dass die Ukraine nicht kapitulieren werde. Der Krieg sei in eine „komplizierte Phase" eingetreten, die ukrainischen Streitkräfte hätten nicht die Kapazitäten, um einige besetzte Gebiete wie die Krim zurückerobern. Für eine diplomatische Lösung müsse die Ukraine in die Nato aufgenommen werden und so stark sein, dass kein russischer Angriff mehr befürchtet werden muss. Die militärische Unterstützung seines Landes müsse daher größer werden, so das immer wiederkehrende Mantra.
Quelle: Florian Rötzer in Overton Magazin

dazu auch: **Die brutale Relevanz der Demographie**
Trotz des Einsatzes von Kurzstrecken-Raketen gegen Russland bröckelt die ukrainische Front im Osten des Landes weiter ab. Derzeit misst der ukrainische Präsident Selenskyj den Erfolg seiner Anstrengungen an den Territorien, die zu halten die Ukraine in der Lage ist. Von einer Rückeroberung von Gelände kann schon keine

Rede mehr sein. Eine langfristige Betrachtungsweise lässt aber Zweifel daran aufkommen, ob das Territorium das richtige Erfolgskriterium im Krieg in der Ukraine ist. Und es kommen auch Zweifel auf, ob die Handlungsweise der Verbündeten Selenskyjs dem Land langfristig Nutzen bringen. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein.
Quelle: Globalbridge

und: **Massenhafte Fahnenflucht in der ukrainischen Armee**
Nach Angaben der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft wurden seit dem Einmarsch Russlands im Jahr 2022 mehr als 100.000 Soldaten nach den ukrainischen Desertionsgesetzen angeklagt. […]
Und die tatsächliche Zahl der Deserteure könnte noch viel höher sein. Ein Gesetzgeber, der mit militärischen Angelegenheiten vertraut ist, schätzt, dass es sich um bis zu 200.000 handeln könnte.
Viele Deserteure kehren nicht mehr zurück, nachdem ihnen ein medizinischer Urlaub gewährt wurde. Sie sind von der Unerbittlichkeit des Krieges entkräftet und psychisch und emotional gezeichnet. Sie fühlen sich schuldig, weil sie den Willen zum Kämpfen nicht aufbringen konnten, sind wütend über die Art und Weise, wie der Krieg geführt wird, und frustriert darüber, dass er nicht zu gewinnen scheint. […]
Desertion hat die Schlachtpläne ad absurdum geführt und gleitet den militärischen Befehlshabern durch die Finger. Die AP erfuhr von Fällen, in denen die Verteidigungslinien ernsthaft gefährdet waren, weil ganze Einheiten sich den Befehlen widersetzten und ihre Stellungen aufgaben. […] Einem Experten zufolge verzeichnete das ukrainische Militär im September ein Defizit von 4.000 Soldaten an der Front, was hauptsächlich auf Todesfälle, Verletzungen und Desertionen zurückzuführen ist. Die meisten Deserteure waren unter den jüngsten Rekruten.
Quelle: Euronews

4. **Argentinien: Der libertäre Messias und seine Propheten**
   Es ist in den libertären Kreisen, in denen Christian Lindner regelmäßig verkehrt, chic geworden, auf die „Erfolge“ des vor einem Jahr gewählten argentinischen Präsidenten zu verweisen und damit den Eindruck zu erwecken, auch hierzulande könnte eine Schocktherapie angemessen sein. Der argentinische Präsident Javier Milei wird in den liberalen Himmel gehoben, bevor man überhaupt einen gut begründeten empirischen Beleg dafür vorlegen kann, dass seine Radikalkur positive Wirkungen zeigt. Selbst der nicht minder libertäre Elon Musk wird immer wieder als Bruder im Geiste von Milei herangezogen, wohl um zu zeigen, wieviel Geld man verdienen kann, wenn man die richtige Gesinnung hat.

Quelle 1: Heiner Flassbeck und Patrick Kaczmarczyk auf Relevante Ökonomik
Quelle 2: Berliner Zeitung (Bezahlschranke)

5. **Frankreich auf dem Schuldenberg – Der böse Nachbar jubiliert**
   Jetzt geht es wieder los, das Frankreich-Bashing. Keine Regierung, ein schwer angeschlagener Präsident und ein gewaltiger Schuldenberg. Da sind in Deutschland die nationalistischen Pferde vom Zügel und trampeln mit Gewalt nieder, was noch niederzutrampeln ist. Kein deutscher Medienkommentar aus Paris, der nicht den riesigen Schuldenberg als Menetekel einer gescheiterten Politik hinstellt. Kein „Wirtschaftsexperte", der nicht darauf hinweist, dass Frankreichs Zinsen jetzt so hoch sind wie die von Griechenland. Die Hetze reicht hin bis hin zu der wirklich infamen Aussage, die Franzosen würden jetzt dafür sorgen, dass die Deutschen ihre Schulden bezahlen.
   Machen wir uns nichts vor: In der Geschichte gibt es keine Gerechtigkeit. Es gibt aber Fehlverhalten, das auch nach vielen Jahren demjenigen, der die Fehlentwicklungen zu verantworten hat, noch Alpträume beschert. So ist es mit dem Sieg der deutschen Wirtschaft über die französische zu Beginn der Europäischen Währungsunion. Gerade weil die Deutschen insgeheim wissen, dass Deutschland eine erhebliche Mitschuld an der französischen Misere trägt, fällt die öffentliche Reaktion so heftig und so missgünstig aus. Wer die eigene Trommel laut genug schlägt, übertönt jeden Zwischenton, jede Relativierung und natürlich jede Kritik.
   Quelle: Heiner Flassbeck auf Relevante Ökonomik
6. **Wie eine Umgestaltung der Schuldenbremse das Haushaltsproblem beheben könnte**
   Die Ampel-Koalition zerbrach am Haushaltsstreit. Finanzminister Christian Lindner (FDP) blieb hartnäckig bei der Schuldenbremse und wurde schließlich von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) aus dem Amt entlassen. Die Diskussionen über eine mögliche Schuldenreform in der nächsten Regierung reißen seither nicht ab. Befürworter der Schuldenbremse befürchten einen Kontrollverlust. Kritiker fordern hingegen mehr Investitionen im Land. In einem Gastbeitrag schlägt ein Ökonom eine Lösung vor, die sowohl Spielraum für Investitionen als auch eine Begrenzung der Schulden ermöglicht – eine Option, die alle Seiten zufriedenstellen könnte.
   Quelle 1: FR Online
   Quelle 2: Zeit Online (Bezahlschranke)

   dazu auch: **Ex-Wirtschaftsweiser Peter Bofinger: „Das deutsche Geschäftsmodell funktioniert nicht mehr"**
   Der ehemalige Wirtschaftsweise Peter Bofinger sieht Deutschland in der schwierigsten ökonomischen Lage seit der Nachkriegszeit. Wie schlimm steht es ums Land? […]

Bofinger: Über die Rettung einzelner Unternehmen zu diskutieren, verengt die Debatte zu sehr. Es kann durchaus sinnvoll sein, die Stahlproduktion in Deutschland zu halten. Doch um diese Frage beantworten zu können, braucht es ein schlüssiges Zukunftskonzept. Es ist ein Paradigmenwechsel nötig. Die Politik muss den Mut haben, wieder in großem Maßstab zu denken. Wir brauchen ein 1-Billion-Euro-Programm für die nächsten zehn Jahre.
taz: Das würde finanzpolitisch jeglichen Rahmen sprengen und die Schuldenquote explodieren lassen.
Bofinger: Nicht nur der Schuldenstand würde wachsen, sondern auch die Wirtschaftsleistung. Bei einem realen Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent pro Jahr und einer Inflationsrate von 2 Prozent würde die Schuldenquote, also die Relation der Staatsverschuldung zur Wirtschaftsleistung, von derzeit 63 Prozent auf 67 Prozent steigen. Damit hätte Deutschland weiterhin eine sehr viel niedrigere Schuldenquote als Länder wie Frankreich, Großbritannien oder die Vereinigten Staaten.
Quelle: taz

7. **Etatkürzungen in der Ernährungsbildung: Erneut trifft es die Schwächsten unserer Gesellschaft**
Die Sparpläne für den Berliner Haushalt könnten für Vereine, die sich in Kitas und Schulen für eine nachhaltige Ernährungswende einsetzen, das Aus bedeuten.
Gegen die Sparpläne des Berliner Landeshaushalts mehren sich die Proteste. Vor allem die Kulturschaffenden konnten durch zahlreiche prominente Unterstützer ein breites mediales Interesse wecken. Doch auch andere Akteure treffen die Streichungen von Fördergeldern unverhältnismäßig hart, etwa Vereine im Bereich der Ernährungsbildung wie „Restlos Glücklich“ und „Kate“.
Die Berliner Ernährungsstrategie der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz wurde im Koalitionsvertrag verankert und hatte sich zum Ziel gesetzt, eine fairere, nachhaltigere und regionalere Ernährungspolitik umzusetzen. Auf Landesebene wollte man als Vorbild dienen und einen signifikanten Beitrag zu den UN-Nachhaltigkeitszielen leisten.
Mit gerade einmal 2,227 Millionen Euro hatte der Etat der Berliner Ernährungsstrategie einen Anteil von lediglich 0,005 Prozent am Berliner Haushalt 2025 – eine überschaubare Summe, die man bereit war, in nachhaltige Ernährungspolitik zu investieren. Dennoch wurde auch hier der Rotstift angesetzt.
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung unserer Leserin A.F.: *Hinzu kommt, dass besonders arme Kinder durch mangelhafte und Fehlernährung in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung*

geschädigt werden, was nicht zuletzt hohe Folgekosten im Bereich Gesundheit verursacht.

8. **Schüler protestieren gegen Bundeswehrbesuch an Leipziger Gymnasium**
Immer aggressiver wirbt die Bundeswehr für die Rekrutierung von Kriegsfreiwilligen unter Jugendlichen. Dagegen äußert sich zunehmend Widerstand, wie jüngst an einer Leipziger Schule.
Zwei Tage vor dem geplanten Besuch der Bundeswehr Ende Oktober an der Humboldtschule im Stadtteil Reudnitz-Thonberg in Leipzig führten mehrere Schüler einen sogenannten „Die-In"-Protest auf ihrem Schulhof durch. Sie legten sich auf den Boden und stellten sich tot, während ein 16-jähriger Mitschüler folgendes in ein Megaphon sprach:
Habt ihr Lust an die Ostfront zu ziehen? Und da für Deutschland zu sterben? Ich für meinen Teil habe da keinen Bock drauf. Ich habe keinen Bock darauf, mit 18 in irgendeinem Schützengraben zu liegen und mich zu fragen: Komme ich hier mit meinem Leben raus oder ist es nur ein Bein und meine Menschlichkeit, die ich verliere? Übermorgen hat die Schule die Bundeswehr zu uns eingeladen. Sie sollen uns dann genau diese Situation schmackhaft machen. Uns wird erzählt, dass die Bundeswehr Deutschland und uns beschützt und den Frieden bringen will. Das ist Bullshit! Um wessen Interessen geht es, wenn mit deutschen Waffen in Palästina und Kurdistan gemordet wird? Über wessen Freiheit reden wir, wenn Kriegsflugzeuge den Pazifik überqueren?
Weiter kam er nicht, da eine Lehrkraft ihm das Megaphon entriss. „Massive Störung des Schulfriedens", so lautet die Antwort der Schulleitung auf die Protestaktion. Sie drohte mit einem Schulverweis gegen beteiligte Schüler. Damit macht sich die Schulleitung zu Handlangern des Militärs und der Regierung.
Quelle: WSWS

Anmerkung Lutz Hausstein: *Es ist so erbärmlich! Nach 100 Jahren umfangreicher schrecklicher Erfahrungen und zwei Weltkriegen, in denen ganze Generationen teils ausgerottet, zumindest aber schwer lebenslang traumatisiert wurden, macht man die Schule wieder zu einem Ort, an dem "Menschenmaterial" akquiriert wird. Wie wenig den Eliten ein Menschenleben aus dem "einfachen Volk" gilt, zeigte gerade besonders anschaulich die Forderung aus den USA, das Alter für die Wehrpflicht in der Ukraine auf 18 Jahre zu senken. Das kann man nur noch mit Erich Maria Remarque kommentieren: „Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hingehen müssen."*

9. **Studie zur psychischen Gesundheit: Junge Menschen stärker angeschlagen**
   Die Pandemie hat junge Menschen stärker psychisch belastet als die Finanzkrise ab 2008. Zur Belastung heißt es in der Studie: „Je jünger, desto stärker".
   Die Corona-Pandemie hat sich einer Studie zufolge deutlich stärker auf die psychische Gesundheit junger Menschen ausgewirkt als die weltweite Finanzkrise zwischen 2008 und 2010. Demnach erholten sich jüngere Leute offenbar wesentlich schlechter als ältere von Kontaktbeschränkungen, Homeschooling und Ausgangssperren während der Corona-Krisenjahre, wie aus einer Veröffentlichung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) hervorgeht, die den Zeitungen der Funke Mediengruppe (Montag) vorliegt.
   Quelle 1: taz
   Quelle 2: DIW

   Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Hat die Corona-Pandemie die (jungen) Menschen so sehr belastet – oder waren es die Maßnahmen?*

10. **Telepolis löscht alle früheren Texte**
    Telepolis, eines der ältesten Online-Magazine Deutschlands, informierte am Freitag (6. Dezember) darüber, alle Artikel, die vor dem Jahr 2021 veröffentlicht wurden, vollständig gelöscht zu haben. In jenem Jahr hatte der aktuelle Chefredakteur Harald Neuber die Leitung des Magazins von seinem Vorgänger Florian Rötzer übernommen, der Telepolis 1996 gegründet hatte. Zur Begründung für die massenhafte Löschung, der schätzungsweise mehr als 50.000 Artikel zum Opfer fallen, schreibt Neuber, man habe die Texte „zunächst aus dem Archiv genommen", da man „für deren Qualität nicht pauschal garantieren" könne. „Keinesfalls" handle es sich um „ein Misstrauensvotum gegen frühere Autoren und damalige Beiträge heutiger Autoren". „Wir mussten aber einsehen", so der Chefredakteur, „dass es keine realistische Möglichkeit gibt, die enorme Menge von Artikeln aus gut 25 Jahren hinreichend zu prüfen."
    Quelle: multipolar

    dazu: **Tilgung der Geschichte + Zerstörung von Telepolis**
    wie ich heute lese, sind alle Texte von Telepolis vor 2021 vom Netz genommen worden und nicht mehr abrufbar. Sie, der Chefredakteur, und der Heise-Verlag begründen das damit, dass Sie für die Qualität dieser älteren Texte nicht pauschal garantieren können.
    Zunächst: Ich bin ausgebildeter Redakteur und habe in meinem Berufsleben in mehreren Redaktionen verschiedener Medien gearbeitet. Seit mehr als 35 Jahren bin ich für die öffentlich-rechtlichen Medien tätig. Für das Online-Magazin Telepolis habe

ich über sechs Jahre lang Artikel verfasst. Darunter mehrere hundert Artikel über den NSU-Prozess, über Sitzungen mehrerer NSU-Untersuchungsausschüsse und mehrerer U-Ausschüsse zum Anschlag vom Berliner Breitscheidplatz. In diesen Artikeln beschreibe ich unter anderem einmalige zeitgeschichtliche Zeugenauftritte.
Ich will es kurz machen: Ich fordere Sie auf, meine Texte wieder online zu stellen. Sie und der Heise-Verlag haben kein Recht, diese Texte und ihre Inhalte verschwinden zu lassen. Die Texte gehören nicht Ihnen, Telepolis oder dem Heise-Verlag. Sie gehören der Öffentlichkeit und letztlich der Geschichte. Zumal ich als Journalist zu vielen Ereignissen, wie Prozessen oder Untersuchungsausschüssen von Parlamenten, nur deshalb privilegierten Zugang erhalte, weil ich für die Öffentlichkeit tätig bin und war. Das haben Sie und der Heise-Verlag zu respektieren und nicht zu annullieren. Ihr Vorgehen, alle Texte bis 2021 vom Netz zu nehmen, kommt einer Tilgung der Geschichte gleich. Außerdem bedeutet es – ganz nebenbei – die Zerstörung des Online-Magazins Telepolis als einst kritisches, meinungsstarkes und auf seine Weise einmaliges Medium.
Quelle: Thomas Moser auf Eyes Wide Shut

dazu auch: **„Telepolis löscht auf einen Schlag 25 Jahre Geschichte“**
Quelle: NachDenkSeiten

und: **Ein Hauch von 1984 – Telepolis löscht das eigene Archiv**
Quelle: NachDenkSeiten